

# Q D W R BLÄTTER :

SACHLICHE POLEMIKEN ZUR VOLKSAUFHETZUNG  
REALISTISCHE WELVERBESSERUNGSKONSTRUKTE  
KETZERISCHE EINMENGUNGEN ZUR UMWÄLZUNG  
ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE AUFRUFE ZUM STREIT

41

JAN 2003

## ABGEORDET VOM VOLK, ABGESONDERT?

Unsere Politiker sind von uns gewählt, um uns zu verwalten. In ihrer Aufgabe unterscheiden sie sich prinzipiell nicht von Angestellten und Beamten in irgendwelchen anderen öffentlichen oder privaten Verwaltungen, außer, dass sie für ihre Fehlhandlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können und dass sie die einzigen Beschäftigten sind, die ihre Arbeitsbedingungen und die Höhe ihrer Bezüge selbst bestimmen. Insofern ist **unsere Regierungsverwaltung ein Selbstbedienungsladen, bei dem die Kasse außer Betrieb ist.** In einem solchen System Selbsthygiene zu erwarten, ist absurd.

Die SB-Versorgung geht noch weit über die horrenden Pensionsansprüche hinaus. Gekoppelt mit der politischen Allein-Macht der Parteien und gestützt auf diese wird vor entscheidenden Wahlen höchst vorsorglich das Beförderungskarussell in hektischen Betrieb versetzt, Vorsorge getroffen für den Fall der Abwahl, indem das Stellengeschacher in den öffentlichen oder öffentlich beeinflussten Vorstandsetagen ausgehandelt wird.

Es zeugt von der Stabilität dieses Systems, dass es sich unbeschadet von Wahlausgängen und Einreden ein halbes Jahrhundert halten konnte und es zeugt auch von der unbegrenzten Leidensfähigkeit oder der eingeschränkten Aufnahmefähigkeit oder schlicht der bodenlosen Dummheit der Menschen, es weiterhin aufrechtzuerhalten.

Man muß das einmal auf sich wirken lassen: Es gibt einen Berufsstand, der seine eigenen Bezüge ohne jegliche Möglichkeit der Einrede festlegt! Wo ist hier das vielbeschworene Recht der Gleichheit aller Bürger?

Nehmen wir als Beispiel die Abgeordneten. Trotz der Finanzkrise in den öffentlichen Haushalten wollen sie an den Diätenerhöhungen festhalten. Derzeit ist eine Erhöhung auf mehr als 7.000 € im Monat für die Bundestagsabgeordneten vorgesehen. Dazu soll die steuerfreie Kostenpauschale, derzeit bei knapp 3.500 € pro Monat nachwirkend (!) „entsprechend der Teuerungsrate (?) steigen“.

Während unsere Regierungsvertreter (eine sehr passende Bezeichnung eigentlich) vom Sparen sprechen, verteidigen sie ihre Ansprüche vehement. Aus der Regierungspartei tönt es so: „Dies ist keine Erhöhung, sondern eine schrittweise Anpassung im Rahmen der Gesetzgebung“, aus der Opposition: „Einige haben zwar Bedenken, weil die Anpassung angesichts der Sparzwänge kaum vermittelbar ist. Wir nehmen aber seit 2 Jahren Rücksicht auf die öffentlichen Kassen.“ Eine seltsame und seltene Einigkeit über die sonstigen Parteiengesätze hinweg.

Einigkeit herrscht auch dann, wenn man öffentliche Mittel für private Vergnügungen verbraten kann: Für Anfang des Jahres wollen die Mitglieder des Bundestags sich einen millionenteuren Vergnügungsausflug nach Paris gönnen. **Solches Abzockerunwesen muß ausgemerzt werden.**

Der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer in Deutschland kann nach 45 Jahren Berufstätigkeit auf 1.153 € Rente kommen. Zwischen 100 und 200 Jahren müsste er arbeiten, um an die Rentenbezüge der Volksvertreter heranzukommen! Sparminister Eichel erhält einmal 11.635 € Rente – monatlich! Der durchschnittliche Arbeitnehmer hätte, um diesen Anspruch zu erreichen, im Jahre 1552 zu arbeiten beginnen müssen. Zudem kommt, dass die Politiker für die Rente selbst nichts bezahlen, außerdem wird zur Rentenbemessung nicht wie bei den üblichen Arbeitnehmern ein Durchschnittsgehalt, sondern das letzte Gehalt (das man schnell noch etwas anheben kann) zugrunde gelegt. Bei den – schon fast üblichen – doppel- und mehrfachverdienenden Politikern gibt es dann auch entsprechende Doppel- und Mehrfachrentner. **Beseitigt solche Übelstände der Überversüßung und Überberentung über die andere Länder nur den Kopf schütteln können.**

Politiker sind Menschen wie Du und Ich, das mag stimmen, solange sie noch nicht durch unsere Stimmen im Sattel sitzen. Denn haben wir unseren Steigbügelhalterdienst erledigt, so sitzen sie hoch zu Ross und herrschen über uns, nehmen uns aus, statt uns zu dienen und unsere Sache zu verwalten. **Setzt die Diäten der Politiker auf Diät!**

Wenn man sich ein genaueres Bild dieser unedelikaten und skandalträchtigen Praxis verschaffen will, die meiner Meinung nach den Tatbestand der Amtsuntreue erfüllt, dann sei man auf die Lektüre von Hans Herbert von Arnim Buch „Die Partei, der Abgeordnete und das Geld“ verwiesen.

Es ist unsere Aufgabe, das neue Berufsfeld der Politiker ab- und einzugrenzen, wobei nicht der fremdbestimmte Sklave, aber auch nicht der selbstbestimmte Despot, sondern der eigenverantwortliche, selbstkritische, dienende Verantwortliche Leitfigur sein muß.

Wenn man nun eine angemessene Vergütung für die Abgeordneten, die sich vom Volk weg abgesondert halten, in's Auge fasst, muß man, wie allgemein üblich, von der Ausbildung und Qualifikation ausgehen. Der Berufsstand Abgeordneter darf nicht länger von dieser Regel ausgeschlossen bleiben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Lehrern und Beamten, die einen Großteil der Abgeordneten stellen. Sie können, je

nach Ausbildung und Dienstalter eine bestimmte Gehaltsobergrenze erreichen. Eine solche ist durchaus angemessen für ihre Tätigkeit auch als Abgeordneter. Die sogenannte Kostenpauschale ist, wie auch sonst üblich, zu versteuern und sollte sich auf das in der freien Wirtschaft übliche beschränken. Alle undurchsichtigen Sondervergünstigungen (z. B. Flüge) sind zu streichen. Insbesondere wären alle verdeckten Zuwendungen, Spenden, Beraterverträge, welche das Mehrfache der Abgeordnetengehälter ausmachen können, beim Nehmer wie Geber unter Strafe zu stellen. **Der Abgeordnete darf nicht länger durch Geld davon abgehalten werden, nur seinem Gewissen verantwortlich zu sein; er hat dem Souverän Volk zu dienen und keinem anderen, auch keiner Partei oder einem Konzern.**

Ich höre schon die Einwände, dass sich unter solchen Bedingungen keine „qualifizierten“ Abgeordneten finden würden. Ohne auf die Frage einzugehen, wieviele unserer Abgeordneten denn für eine bestimmte Aufgabe qualifiziert sind, ist es doch wenig wahrscheinlich, dass sie die vorgeschlagenen Bezüge nicht für ausreichend halten. Man muß doch bedenken, welche Alternativen sie „draußen“ (wie sie so schön formulieren) im Beruf hätten. Und für die sogenannten Karrierepolitiker, die sich über die Parteiarbeit hochgestrampelt haben, wäre die vorgeschlagene Vergütung immer noch ein Mehrfaches dessen, was sie etwa als Technischer Zeichner (einmal vom Arbeitgeber als stiller Lobbyist mit Bezügen „freigestellt“) jemals hätten verdienen können.

Diesen aufgezeigten Missständen ist – wenn wir nur wollen – verhältnismäßig leicht zu begegnen. Wir müssen dazu nur „unsere“ Abgeordneten besser in ihre Pflicht nehmen. Man lernt sie ja im Laufe des Lebens, wenigstens einige von ihnen, ganz gut kennen und kann auch das ihnen zugehörige Umfeld einschätzen, sodaß wir – nicht nur vor den Wahlen, dann aber besonders – die von uns bezahlten Bediensteten zu diesen Problemen ansprechen müssen. Fragen sie Ihren Abgeordneten präzise, ob er sich für eine Reduzierung der Abgeordnetenbezüge einsetzen wird und auf welche Weise er das zu tun beabsichtigt. Er, als von uns delegierter, ist dazu verpflichtet. Würden Sie denn anderswo etwas bezahlen, für das sie keine Gegenleistung erhielten? **Halte die Abgeordneten zur Arbeit an, zur Arbeit für uns, nicht für ihre Kasse.**

Also gleich morgen: „Ihrem“ Abgeordneten dieses Querblatt in den Briefkasten werden mit der Aufforderung:

# : ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEEIGNE  
BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE